Inhaltsverzeichnis

Abl	Abkürzungsverzeichnis IX		
Α.	Einlei	itung	1
		Ausgangspunkt und Fragestellung	
		Gang der Darstellung	
В.		bertragende Sanierung in der Insolvenz	
		Begriff "übertragende Sanierung"	
		Gesetzliche Anhaltspunkte	
	III. §	613a BGB als Sanierungshindernis?	9
C.	Dog D	SQG-Modell	12
C.		Entwicklung der BQG	
		Keine gesetzliche Regelung der BQG	
		Rechtliche Stellung der BQG	
		Funktionen der BQG	
		Finanzierung der BQG	
		Arbeitgeberstellung der BQG	
		Vorteile einer BQG	
		. Vorteile aus Sicht des Insolvenzverwalters	18
	_	Vorteile aus Sicht der Arbeitnehmer	
		. Vorteile aus Sicht des Erwerbers	
	4	Vorteile aus Sicht der Arbeitsverwaltung	
		•	
D.	Sozial	lversicherungsrechtliche Aspekte	23
	I. T	Fransferkurzarbeitergeld gemäß § 216b SGB III	
	1	. Voraussetzungen	23
		a) Dauerhafter und unvermeidbarer Arbeitsausfall	
		b) Betriebliche Voraussetzungen	
		c) Persönliche Voraussetzungen	
	_	d) Anzeigepflicht	
	2		
	3	= =	
		Pflichten des Arbeitgebers	27
		Förderung der Teilnahme an Transfermaßnahmen	20
		gemäß § 216a SGB III	
	_	. Voraussetzungen	
	2		
		Keine Nachteile für den Anspruch auf Arbeitslosengeld	29
	1	. Kein Ruhen des Arbeitslosengeldanspruchs	20
		nach § 143a SGB III	29

		2. Keine Nachteile wegen Arbeitsaufgabe	
		nach §§ 144 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 Alt. 1, 128 SGB III	30
Ε.	Ret	riebsverfassungsrechtliche Aspekte	31
	I.	Interessenausgleich und Sozialplan	
	II.	Erzwingbarkeit einer BQG in der Einigungsstelle?	
	11.	Auffassung, die eine Erzwingbarkeit bejaht	
		Gegenansicht	33
		Eigene Stellungnahme	
	III.	Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats	
	111.	Mitbestimmung wegen Versetzung	
		2. Keine Mitbestimmung bei Einführung von Kurzarbeit Null	
		3. Mitbestimmung bei Sozialeinrichtungen	
		4. Mitbestimmung bei Qualifizierungsmaßnahmen	
F.	Ind	ividualarbeitsrechtliche Aspekte	39
	I.	Vertragsgestaltung	39
		Aufhebungsvertrag zwischen dem Insolvenzverwalter	
		und dem Arbeitnehmer	39
		Arbeitsvertrag zwischen der BQG und dem Arbeitnehmer	
		Dienstleistungs- und Kooperationsvertrag zwischen dem	10
		Insolvenzverwalter und der BQG	41
	II.	Freiwilligkeit des Wechsels	
	III.	Betriebsübergang	
	111.	1. Kein Betriebsübergang bei einem Wechsel der Arbeitnehmer	
		in die BQG	43
		2. Betriebsübergang bei der übertragenden Sanierung	
		auf den Erwerber	44
	IV.	Massenentlassungsanzeige	
		Ç Ç	
G.		ksamkeit des Aufhebungsvertrags als zentrales Kriterium die Umsetzung des BQG-Modells	47
	I.	Vermeidung einer Nichtigkeit gemäß § 134 BGB wegen	+/
	1.	Umgehung von § 613a Abs. 4 BGB	47
		1. Ansicht des BAG	
		a) BAG, Urteil vom 11.12.1997 – 8 AZR 654/95	47 48
		b) BAG, Urteil vom 10.12.1998 – 8 AZR 324/97	
		("Dörries Scharmann I") und Urteil vom 21.1.1999	
		- 8 AZR 218/98 ("Dörries Scharmann II")	50
		c) BAG, Urteil vom 18.8.2005 – 8 AZR 523/04	50 51
		d) BAG, Urteile vom 23.11.2006 – 8 AZR 349/06,	
		8 AZR 350/06, 8 AZR 423/06, 8 AZR 606/05	52
		e) BAG Urteil vom 25 10 2007 – 8 AZR 917/06	

		2. Befürworter eines Umgehungssachverhalts	
		a) Rechtsprechung	54
		b) Schrifttum	55
		3. Ansicht der herrschenden Lehre	55
		4. Eigene Stellungnahme	56
		5. Konstellationen, in denen eine Umgehung von	
		§ 613a Abs. 4 BGB in Betracht kommt	60
		a) Vereinbarung eines neuen Arbeitsverhältniss	es zu dem
		Erwerber bei Abschluss des Aufhebungsvertr	ags60
		b) Verbindliche Übernahmezusage bei Abschlu	ss des
		Aufhebungsvertrags	61
		c) Ungewöhnlich kurze Laufzeit der BQG	
		d) Zeitlicher Abstand zwischen dem Ausscheide	en bei dem
		Veräußerer und dem Einsatz bei dem Erwerb	er62
		e) Feststehen des Erwerbers bei Abschluss des	
		Aufhebungsvertrags	62
		f) Wechsel in eine BQG nur zum Schein	
		g) Anschlussbeschäftigung in Aussicht gestellt,	
		Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ab	
		sachlich gerechtfertigt	
	II.	Umgehung von § 1 Abs. 3 KSchG	
	III.	Kein Widerruf der Willenserklärung zum Abschluss d	
		Aufhebungsvertrags	
	IV.	Anfechtbarkeit der Willenserklärung zum Abschluss d	les
		Aufhebungsvertrags	64
		1. Anfechtbarkeit wegen arglistiger Täuschung	64
		2. Anfechtbarkeit wegen widerrechtlicher Drohung.	
		3. Anfechtbarkeit wegen Irrtums	
	V.	Keine Störung der Geschäftsgrundlage gemäß § 313 E	
	VI.	Sittenwidrigkeit gemäß § 138 BGB	
		Vermeidung einer Benachteiligung nach dem Allgeme	
		Gleichbehandlungsgesetz	
	VIII	. Auswirkungen einer unterlassenen Unterrichtung	
		i. S. v. § 613a Abs. 5 BGB	69
	IX.	Verwirkung	
	X.	Kein Fortsetzungsanspruch	
H.		lussfolgerung und Empfehlungen für eine erfolgreic	
	Um	strukturierung unter Einschaltung einer BQG	75
J.		ster	
	I.	Interessenausgleich	79

II.	Transfersozialplan	84
	Dreiseitiger Vertrag	
	Dienstleistungs- und Kooperationsvertrag zwischen dem	
	Insolvenzverwalter und der BQG	93
Literatu	rverzeichnis	97